

Alter schützt vor Torheit nicht



Mit einem schwer verdaulichen Aufruf zur Aufnahme nordafrikanischer (Wirtschafts-) Flüchtlinge hat sich der emeritierte Freiburger Politikwissenschaftler Prof. Dieter Oberndörfer auf der Internetseite der EKD zu Wort gemeldet. In seinem Aufsatz fordert der 81-Jährige nicht weniger, als dass Deutschland mit seiner „bedrückenden Gesamtbilanz des Flüchtlingsschutzes“ und als „Heimatland des Holocausts“ seine Bürgerrechte auf alle Menschen ausweiten müsse.

(Von Thorsten M.)

Natürlich veröffentlichte er seinen Aufsatz – wie die Überschrift „Die Aufnahme von Flüchtlingen ist ein Gebot der Nächstenliebe“ verrät – nicht zufällig auf evangelisch.de. Sicher irrt er sich nicht, wenn er vermutet, seine kruden Ansichten in kirchensteuer-evangelischen Umfeld unter der Schutzglocke der biblischen Nächstenliebe mit der größtmöglichen Zustimmung publizieren zu können.

Haarsträubend werden dabei seine Formulierungen, wenn er versucht nachzuweisen, dass die Einwanderungspolitik Deutschlands – von wenigen Ausnahmen abgesehen – immer einen „fremdenfeindlichen Zug“ getragen habe. Dieser sei nur überwindbar, durch einen „Abschied von der völkischen Ideologie“. Ganz als ob über 15 Millionen Einwohner

Deutschlands und ein Drittel der Neugeborenen mit Migrationshintergrund ohne eine großzügige Einwanderungspolitik in den letzten 50 Jahren möglich gewesen wären. (Und dies obwohl direkt davor schon 12 Millionen deutsche Heimatvertriebenen in BRD und DDR Aufnahme fanden und – obwohl sie Deutsche waren – erst einmal integriert werden mussten.)

Der Autor belehrt uns in seinem Aufsatz, dass sich „auf dem Hintergrund der Bevölkerungsexplosion im Nahen Osten und Afrika und politischer Unterdrückung, Armut und beruflicher Perspektivenlosigkeit der Jugend [...] an den Südgrenzen Europas der Druck einer Massenflucht [staut]“, was eine „epochale Herausforderung“ sei. In dieser Analyse werden wir ihm sicher noch zustimmen können.

Nur seine Folgerungen sind offensichtlich von Alterstorheit getragen: Meint er doch, dass wir uns aufgrund einer vermuteten höheren Durchschnittsbildung diesen dann plötzlich wieder als „politische Flüchtlinge“ bezeichneten Menschen nicht verschließen sollten. „Die Energie, mit der sie ihre Flucht gegen viele Hindernisse erkämpfen müssen, macht sie nach allen bisherigen Erfahrungen zu einem bedeutenden Gewinn für ihre Aufnahmegesellschaften.“

Und schließlich würde eine Abweisung „eine Verletzung der Menschenrechte auf Auswanderung und Flucht aus drückender Armut“ darstellen, womit wir uns gegen das „humane Fundament unserer eigenen politischen Ordnung“ stellen würden. „Offenheit für Flüchtlingsaufnahme und Asylgewährung“ seien „zwingende moralische und ethische Vorgaben.“ Sollte der Herr Politikwissenschaftler da etwas verwechseln? – Aus dem Recht jedes Menschen, sein Land zu verlassen, leitet sich noch lange keine Pflicht für jedes andere Land ab, diesen aufzunehmen!

Darüber hinaus erblödet sich Herr Oberndörfer noch, die „großzügige und kluge Flüchtlingsaufnahme Schwedens“ als ein „positives Beispiel“ anzuführen, „von dem die deutsche Politik

lernen“ könnte. Wer so etwas äußert, den sollte man zwingen, einmal mit einer Kippa auf dem Kopf einen Abend in Malmö zu verbringen!

Auch wenn der Herr Prof. em einräumen muss, dass die von ihm ersehnte Änderung des Zuwanderungsrechts derzeit politisch nicht durchsetzbar ist, müssen uns diese Vorstellungen eines Vordenkers der „Freiburger Schule“ hellhörig machen. Ist doch davon auszugehen, dass bei weiter absehbarer schrumpfender Zahl Bio-Deutscher Einwohner unseres Landes, die nächste Linksgrüne Regierung Spielräume für die Umsetzung solcher Migrations- und Überfremdungsphantasien sehen wird.

Sprechen wir also nochmals Klartext: Für Prof. em Oberndörfer ist kein Mensch, der nach Deutschland kommen will illegal. Wer etwas dagegen hat ist ein von der „unrühmlichen völkischen Ideologie der Vergangenheit“ zerfressener Mensch, der nur „Volksgenossen einen legitimen Platz in der Nation einräumen“ will.

Gott sei dank erinnert der Autor aber noch daran, dass die Frage nach der Einwanderung in „freien Gesellschaften [...] in der politischen Willensbildung entschieden werden [muss]“. Dann haben wir ja vielleicht doch noch eine Chance durch eine Änderung der Politik in den nächsten Jahren für unsere Urenkel mehr als einen Eingeborenen-Status und Reservate in Mecklenburg-Vorpommern rauszuschlagen?!

Zitat www.evangelisch.de: Der Politikwissenschaftler Prof. Dieter Oberndörfer (81) ist Vorsitzender des Vorstands des Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung in Freiburg. Er lehrte bis zu einer Emeritierung 1997 an der Universität Freiburg im Breisgau. 1974 bis 1989 war er zudem Mitglied der Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst. Er gilt als Experte für Entwicklungshilfe, Nationalismus, Migration und Demografie.

» dieter.oberndoerfer@abi.uni-freiburg.de